

Rosarote Brille zersprungen

Fake News des Bürgermeisters – und was man dagegen machen kann

Auf dem Gewerkschaftstag der GEW hat Bürgermeister Scholz eine seiner üblichen „Sonntagsreden“ gehalten – obgleich der Gewerkschaftstag auf einen Montag fiel. Olaf Scholz malte das Hamburger Bildungswesen in schönen Farben. Einen Aspekt seiner Rede möchte ich herausheben: den Übergang von der Schule in den Beruf, auch, weil Scholz „dessen Bedeutung mit der Bildungsoffensive in den 1970er Jahren“ verglich.¹ Zumindest in dieser Frage liegt er vor der allgemeinen und bildungsinteressierten Öffentlichkeit, für die die Frage des Fehlstarts von vielen Jugendlichen ins Berufsleben im Allgemeinen (bislang?) kein Thema ist.

Der „bewegte“ Bürgermeister

Scholz erklärte, ihn habe der Übergang von der Schule in den Beruf schon immer interessiert: „Mich hat schon immer die Frage bewegt, was aus den Jugendlichen wird, die die Schulen verlassen. Ende der neunziger, Anfang der 2000er Jahre ließen die wenigen verfügbaren Daten vermuten, dass es gerade mal 10 Prozent der Hauptschüler sind, die direkt im Anschluss an die Hauptschule eine Berufsausbildung finden. Das war eine Zahl, die alle überrascht hat. Ein Bildungssystem kann das nicht einfach so hinnehmen.“ Diese Zahl von nur 10 Prozent, die nach der Hauptschule eine Berufsausbildung gefunden haben sollen, ist allerdings überraschend. Sie ist falsch, man muss sogar vermuten, dass sie bewusst falsch

gestreut wurde, um damit die jetzige Situation nicht so schlecht erscheinen zu lassen.

Ein Ausflug in die 2000er-Jahre

Worum geht es? Dazu ist ein kleiner Ausflug in die Vergangenheit notwendig, der aber zeigen wird, dass diese Vergangenheit viel mit dem Heute zu tun hat. Scholz bezieht sich auf das „Hamburger Ausbildungsmodell“, das im Jahr 2000 vom Hamburger Milliardär Michael Otto und dem damaligen Vorstandsvorsitzenden der Hapag Lloyd, Bernd Wrede, ins Leben

Das Modell ist mit vielen Steuergeldern gefördert worden, die Herrn Otto die Möglichkeit gaben, als Wohltäter aufzutreten. Dies allerdings ohne messbaren Erfolg für die Jugendlichen, so das vernichtende Ergebnis einer Evaluation der Lawaetz-Stiftung im Jahr 2007.² Dort heißt es unter anderem:

- es bestehe „kein Überblick über die Gesamtheit aller an den Schulen tätigen Projekte“,
- es gebe „Doppelbetreuungen“, ja sogar Mehrfachbetreuungen von Hamburger Hauptschulmodell, Arbeitsagentur, Lehrkräften und anderen,



Foto: Otto Group

Michael Behrendt (Hapag-Lloyd AG), Dr. Michael Otto (Otto Group), Olaf Scholz (Bürgermeister Hamburg), Ties Rabe (Senator der Behörde für Schule und Berufsbildung) anlässlich des Festakts zum zehnjährigen Bestehen des Hamburger Hauptschulmodells Ende 2011

gerufen worden war. Im „Hamburger Hauptschulmodell“ sollten durch Berufsorientierung und Zusammenarbeit (vor allem dem Austausch von Daten der Schülerinnen und Schüler) von Schule, Berufsberatung und Betrieben mehr Jugendliche mit Hauptschulabschluss in eine Ausbildung gebracht werden.

- eine Befragung von Experten habe die „Zurechenbarkeit“ der Erfolge zum Hamburger Hauptschulmodell „übereinstimmend verneint“ und
- es seien auch Jugendliche

¹ Die Rede von Olaf Scholz auf dem Gewerkschaftstag der GEW findet sich auf dessen Homepage unter <http://www.olafscholz.hamburg/main/pages/index/p/5/3079>.

² Lawaetz-Stiftung (Hg.), Evaluation des Projektes Koordinierungsstelle Ausbildung des Trägers Arbeitsstiftung Hamburg. Kurzexpertise im Auftrag der Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Hamburg 2007.

mit Realschulabschluss in die Erfolgsberechnungen einbezogen worden.

Das Projektziel des Hamburger Hauptschulmodells, „den Anteil der Schülerinnen und Schüler, die mit einem Hauptschulabschluss eine betriebliche Ausbildung aufnehmen, sukzessive deutlich zu erhöhen“, wurde eindeutig verfehlt. Auch wenn das nicht explizit in der Evaluation ausgeführt wurde, so lässt sich dies doch aus den Angaben des Hamburger Hauptschulmodells erschließen, wonach im Beginnjahr 2001/02 die Vermittlungs-Quote bei 20 Prozent lag und 2005/06 auf 17,6 Prozent gefallen ist.

Das Hamburger Hauptschulmodell hat also nichts bewirkt, jedenfalls lässt sich anhand der Zahlen keine positive Wirkung belegen. Damit wäre der Projekt-

rigen Bestehen des Hamburger Hauptschulmodells Ende 2011 behauptete: „Anerkennung gefunden hat es auch wegen seines zählbaren Erfolgs. Bei Beginn des Modells gelangten in Hamburg nach einigen Schätzungen nicht einmal sieben Prozent der Schulabgänger mit Hauptschulabschluss direkt nach dem Ende ihrer Schulzeit in eine ungeforderte betriebliche Ausbildung. Heute sind es immerhin zwanzig Prozent.“

Welche Schulen in die „Schätzungen“ eingingen, wie viele Schülerinnen und Schüler dazu einbezogen wurden, konnte der Senat auf eine Anfrage nicht sagen. Er konnte auch nicht beantworten, wann zum ersten Mal diese Zahlen aufgetaucht sind. In der Evaluation der Lawaetz-Stiftung aus dem Jahr 2007 werden sie nicht genannt, was darauf

Ist seit 2011 alles besser geworden?

Warum kramt nun der Bürgermeister die verbrauchte Zahl von sieben bzw. zehn Prozent auf dem Gewerkschaftstag wieder hervor? Man kann es nur so deuten, dass er damit die nach wie vor schlechten aktuellen Zahlen weniger schlecht erscheinen lassen will. Der Senat habe, so Scholz, seit 2011 die Jugendberufsagentur und die „Berufs- und Studienorientierung“ in den Stadtteilschulen für die Klassen 8-10 eingeführt. Und siehe da: „In den Stadtteilschulen konnte die Übergangsquote in eine Ausbildung von 25 auf 36 Prozent gesteigert werden. Im bundesweiten Vergleich ist Hamburg damit inzwischen Spitzenreiter.“ Dazu ist Folgendes anzumerken:

- Wenn nur 36 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger einen Ausbildungsplatz finden, ist das ein schlechtes Ergebnis. Ursprünglich hatte der SPD-Senat 2011 versprochen, dass alle Jugendlichen entweder eine klassische Berufsausbildung oder das Abitur machen sollen. Mit diesem Versprechen nimmt es Scholz anscheinend nicht so ernst.

- Die Steigerung „von 25 auf 36 Prozent“ (tatsächlich war es eine Steigerung von 25,2 auf 38,7 Prozent; siehe Abbildung 1) ist innerhalb nur eines Jahres von 2012 auf 2013 zustande gekommen. Was sind die Gründe für diese bemerkenswerte Entwicklung? Zum einen mussten Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die nach Klasse 9 keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten, weiter bis Klasse 10 zur Schule gehen. Im Grunde genommen hat man so eine neue Warteschleife eingeführt. Ein weiterer Grund ist, dass man mehr Jugendliche auf eine schulische Ausbildung (vor allem im sozialpädagogischen und Pflegebereich) orientiert hat.

- Seit 2013 steigt die Übergangsquote in Berufsausbildung

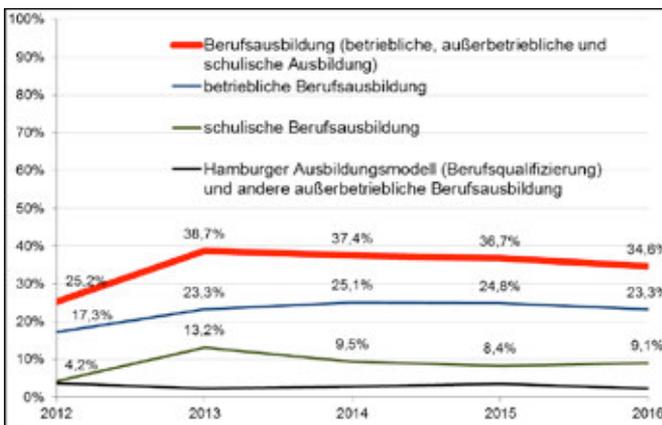


Abb. 1: Verbleib der Schulabgängerinnen und -abgänger nach Klasse 9 und 10, Schulabgängerbefragung Hamburg 2012-2016

auftrag verfehlt. Eigentlich hätte man daraufhin das „Hamburger Hauptschulmodell“ beenden müssen. Das wollten aber die beteiligten Akteure offenbar nicht. Man zauberte „Schätzungen“ der Übergangsquoten für das Jahr 2000 – also ein Jahr vor Beginn des Projekts – bei zehn Schulen aus dem Hut. Beispielhaft für die neue Sprachregelung sei Bürgermeister Scholz genannt, der auf dem Festakt zum zehnjäh-

hindeutet, dass sie erst danach in Umlauf gesetzt wurden. Dass diese Zahlen absurd sind, mag man allein daran erkennen, dass die „Akteure“ einem weismachen wollen, dass innerhalb eines Jahres der Anteil der Hauptschulabgängerinnen und -abgänger, die einen Ausbildungsplatz gefunden haben, rekordverdächtig von sieben auf 20 Prozent gestiegen sein soll, seitdem aber kontinuierlich gefallen ist.

nicht mehr, im Gegenteil, sie fällt kontinuierlich auf zuletzt 34,6 Prozent. Auch die Übergangsquote in betriebliche Ausbildung (dem hochgelobten dualen System) fällt und dümpelt bei nur noch 23,3 Prozent.

Die von Scholz angeführte sensationelle Steigerung der Übergangsquote ist auf einen einmaligen Effekt durch die Einführung des 10. Schuljahrs zurückzuführen. Sie hat mit den Maßnahmen des Senats (Berufsorientierung und Jugendberufsagenturen) nichts zu tun. Die Berufsorientierung hat schon beim Hamburger Hauptschulmodell nichts gebracht. Und die Jugendberufsagenturen sind

Was schon damals nicht funktioniert hat und nur mit gefakten Zahlen gerechtfertigt werden konnte, wird jetzt erst recht nicht funktionieren.

Auch die Behauptung von Scholz, „im bundesweiten Vergleich (sei) Hamburg damit inzwischen Spitzenreiter“, hält einem Faktencheck nicht stand. Wie die Abbildung 2 zeigt, rangiert Hamburg mit einer Einmündungsquote von nur 44 Prozent bei den Bewerberinnen und Bewerbern bei der Bundesagentur für Arbeit, die auch tatsächlich einen Ausbildungsplatz gefunden haben, unter dem Bundesdurchschnitt von 48 Prozent. Dass daraus ein „Spitzenreiter“

Beispiel, wie sich Jugendliche wehren.

Dort beschäftigten sich Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Ost in Bremen-Tenever, unterstützt vom langjährigen Politiklehrer Hans-Wolfram Stein, mit der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Danach sollten im Jahr 2015 von den 3415 Bewerberinnen und Bewerbern nur 174 „unversorgt“ geblieben sein. Und genau das regt die Jugendlichen auf. „Am Ende der zehnten Klasse hatten nur drei von uns einen Ausbildungsplatz.“ „Dabei hatten zwölf von 24 Mitschülern sich um einen beworben. „Als Schüler denkt man dann: Das liegt an mir. Irgendwas muss ja nicht richtig sein, wenn ich zu den wenigen gehöre, die keine Ausbildung kriegen.“ Inzwischen zweifeln sie aber nicht mehr an sich selbst – sondern machen gegen die Ausbildungsmarktstatistik mobil.³ Sie kritisieren insbesondere Folgendes:

„Die Schüler fordern deshalb, in der Kommunikation zur Ausbildungsmarkt-Statistik statt der »unversorgten Bewerber« die sogenannte Einmündungsquote zu benutzen. Sie besagt, wie viele suchende Jugendliche in eine Lehrstelle »eingemündet« sind - so die Behördensprache. Mit diesem Wert liest sich die Statistik weniger optimistisch: In Bremen haben nur rund 37 Prozent der jungen Leute, die bei der Agentur als ausbildungsplatzsuchend gemeldet wurden, eine Lehre gefunden.“

„Die Jugendlichen kritisieren weiter, was als ‚Bewerber‘ zählt. Viele denken: Bewerber sind alle, die sich bei der Arbeitsagentur als Suchende angemeldet haben. So ist es aber nicht. Bevor die Behörde einen Jugendlichen als Bewerber führt, muss ein Berater ihn für ausbildungsreif erklären. Hält der Fachmann ihn nicht für

³ Schüler klagen: Azubi-Mangel? Wir finden doch gar keine Lehrstellen, in: Spiegel Online vom 22.05.17

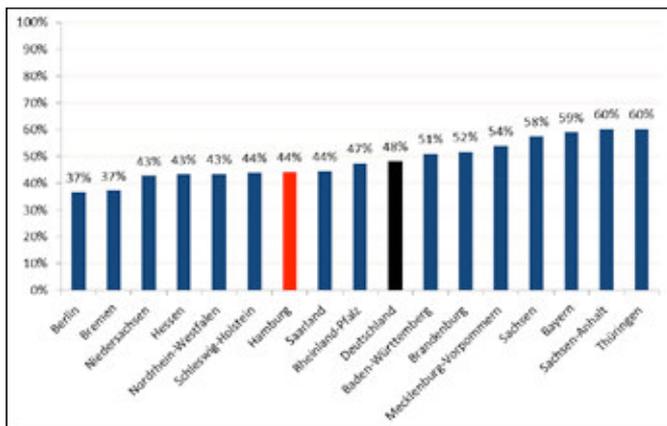


Abb. 2: Gemeldete Bewerber_innen bei den Arbeitsagenturen, die in eine Berufsausbildung eingemündet sind, nach Bundesland im Jahr 2016; Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.), Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2016, Bonn 2016 und eigene Berechnungen

eine Ausdehnung des Hamburger Hauptschulmodells auch auf Schülerinnen und Schüler mit Realschulabschluss (mittlerer Schulabschluss). Dazu Bürgermeister Olaf Scholz anlässlich der Eröffnung der letzten Jugendberufsagentur in Hamburg im Dezember 2013: „Stützen konnten wir uns zum Beispiel auf das Hamburger Hauptschulmodell, das vor mehr als zehn Jahren als Pilotprojekt begonnen wurde, unter maßgeblicher Hilfestellung zweier Sponsoren, und seitdem wertvolle Arbeit geleistet hat.“

wird, ist der Phantasie unseres Bürgermeisters geschuldet.

Bremer Schülerinnen und Schüler wehren sich gegen die Ausbildungsmarktstatistik

Wenn man eine derart selbstgefällige Wahrnehmung von der Situation im Ausbildungsbereich hat wie Bürgermeister Scholz, wird man nicht geneigt sein, irgendetwas zu ändern. Die Leidtragenden sind unsere Jugendlichen. In den letzten Jahren ist von ihnen kaum Widerstand gekommen. Nun kommt aus Bremen ein vielversprechendes

fit genug, verordnet man ihm gegebenenfalls Fördermaßnahmen. Er taucht in der Statistik als Bewerber dann gar nicht mehr auf. ‚Diese Jugendlichen suchen aber ja auch einen Ausbildungsplatz‘, sagt Stein. Sie müsse man mitzählen.“⁴

Damit haben die Schüle-

⁴ „Das ist Augenscherelei“. Wie Bremer Schüler gegen die Ausbildungsmarkt-Statistik kämpfen - und die Landespolitik in Bewegung bringen, in: Neues Deutschland vom 27.05.17

rinnen und Schüler zwei sehr wichtige Kritikpunkte an der Ausbildungsmarktstatistik formuliert, einer besonders irreführenden und perfiden Statistik in Deutschland. Sie beweisen damit mehr Durchblick als die meisten „Akteure“ aus Politik, Verwaltung, Medien und Wissenschaft. Insbesondere macht es sie aber widerstandsfähig gegen die neoliberale Ideologie, die gesellschaftliche Probleme wie

den Ausbildungsplatzmangel als subjektives Versagen der Opfer umzudeuten versucht. Zu hoffen ist, dass die Schülerinnen und Schüler aus der Gesamtschule Ost und ihr Politiklehrer Hans-Wolfram Stein Nachahmer_innen finden, die sich in ähnlicher Weise gegen die Ausbildungsmarktstatistik wehren.

KAY BEIDERWIEDEN
Referent die LINKE

SOZIALPÄDAGOGIK

Auf unsere Knochen

Ein Maßnahmenkatalog der BSB öffnet sozialpädagogische Berufsausbildung für mehr Interessierte und soll hohe Bildungsstandards gewährleisten

Am 6. Juni 2017 verkündeten Senatorin Melanie Leonhard und Schulsenator Ties Rabe (BSB): Der Fachkräfteschlüssel für Kitas wird in 4 gleichen Schritten auf 1:4 verbessert. Damit soll bereits im Januar 2018 begonnen werden, bis 2021 werden zusätzlich jeweils gut 500 Fachkräfte neu eingestellt.

„Das ist ein toller Erfolg“, wollen uns die Beiden unterjubeln. Nein! Denn ursprünglich war mit den Kita-Verbänden vereinbart worden, zum 1. Januar 2019 mehr als 2000 zusätzliche Fachkräfte einzustellen, um den angestrebten Fachkräfteschlüssel

zu erreichen. Nun sollen bis 2019 nur noch 1000 neue Kräfte eingestellt werden oder was? Da es jetzt schon kaum ausreichend Fachkräfte auf dem Markt gibt, muss nachgesteuert werden. Senator Rabe verkündet, dass mehr junge Menschen für das sozialpädagogische Berufsfeld gewonnen werden müssen.

Deshalb wurde dazu ein umfangreicher Maßnahmenkatalog erarbeitet, mit dem natürlich die hohen Standards in der Ausbildung gewahrt werden sollen. Der arme Schulsenator hat das mal wieder ganz allein machen müssen oder wurde da auch im

HIBB mit überlegt? Die Senatoren haben es sich natürlich nicht nehmen lassen die verheißungsvolle frohe Botschaft selbst zu verkünden.

Nur: Die in der Presseerklärung „engen Abstimmungen mit den Leitungen der Sozialpädagogischen Schulen“ fanden unseres Wissens nicht statt. Diese wurden mehr oder weniger vor vollendete Tatsachen gestellt. Und die Kolleg_innen der betroffenen Schulen, die diese Maßnahmen umsetzen und die Fläche tragen sollen, erfuhren erst am selben Tag durch Presseerklärung des Senats und durch eiligst einberufene „Sonderkonferenzen“ von näheren Inhalten dieses Vorhabens!

Nun kommt erst die Arbeit: denn um den Aufbau an neuen Fachkräften zu unterstützen, sollen die Fachschulen noch mehr Sozialpädagogische Assistent_innen (SPA) und Erzieher_innen ausbilden.

Bis zum 1. August 2017 können sich junge Menschen für die oben genannten Ausbildungen bewerben – es müssen die Zugangsvoraussetzungen angepasst werden, um möglichst viele junge Leute zur Ausbildung in diesem Berufsfeld zu bewegen.

Die Information an die Schulbüros erfolgte ebenso kurzfristig wie die der Lehrkräfte. Die Verwaltungsangestellten in den Büros müssen nun die zusätzlichen Anmeldungen gekoppelt

Foto: FG/BS



Erst „das Vergnügen“ und dann bleibt die Arbeit an uns hängen – stolz berichten die Senator_innen Rabe und Leonhardt von ihren Plänen